

## Gilles Saint-Paul

### DIE GEFAHR DES KONSENSES



**Gilles Saint-Paul** ist Professor der Volkswirtschaftslehre an der Paris School of Economics und an der New York University Abu Dhabi. Er ist ehemaliges Mitglied des französischen Conseil d'Analyse Economique. 2007 wurde ihm der Yrjö-Jahnsson-Preis der European Economic Association verliehen.

Ist Konsens ein Beleg für Wahrheit? Während dies in den Naturwissenschaften der Fall sein kann, ist der Konsens in den Sozialwissenschaften oft hausgemacht. Ohne schlüssige Beweise erscheint es opportun, sich der Mehrheitsmeinung anzuschließen. Der Konsens bestimmt, wie öffentlich geförderte Forschungsprojekte ausgestaltet sind. Das größte Risiko besteht darin, genauso falsch zu liegen wie alle anderen. In einer Welt, in der Wissenschaftler relativ zu ihren Mitstreitern evaluiert werden, erzeugt dies nur geringe Kosten. Das System der Peer-Review-Begutachtung bedingt Konsens. Gutachter, die die gängige Meinung vertreten, haben kein Interesse, neue Forschungsarbeiten zu akzeptieren, die diese hinterfragen, da ansonsten ihre eigenen Beiträge obsolet werden. In einer Forschungsgemeinschaft, die von Konsens geplagt ist, ist es unmöglich, dass sich Wissen dialektisch entwickelt, indem Paradigmen abgelehnt und durch sinnvollere ersetzt werden. Wissen verbreitet sich lediglich horizontal, da

immer nur Variationen bekannter Themen produziert werden.

Es verlangt von einem bekannten Professor viel Mut, den Konsens außer Acht zu lassen. Eine solche Person leistet einen unschätzbaren Beitrag zur Forschungsgemeinschaft und trägt dabei das Risiko, dass es ihn persönlich teuer zu stehen kommt, indem er z. B. ausgegrenzt oder ignoriert wird. Einen solchen Beitrag hat Hans-Werner Sinn während seiner erfolgreichen Karriere geleistet.

Im Vorfeld der Währungsunion waren viele Volkswirte skeptisch bezüglich einer einheitlichen Währung. Ihre Untersuchungen zeigten, dass der Euroraum kein optimaler Währungsraum sein würde. Die Länder unterschieden sich in ihren Fundamentaldaten und Wirtschaftspolitiken. Nichtsdestotrotz stellte sich nach Einführung des Euro der Konsens ein, dass die Währungsunion irreversibel sein würde. Die Diskussionen unter europäischen Makroökonomern drehten sich vor allem dar-

um, wie die Funktionsfähigkeit der Währungsunion durch fiskalpolitische Koordination, Strukturreformen oder Transfers verbessert werden könne. Den Ansatz in Gänze in Frage zu stellen war ein sicherer Weg, als Außenseiter abgestempelt zu werden. Es war allgemein anerkannt, dass die Kosten eines Austritts für ein Land riesig wären, obgleich ein solches Ereignis noch nicht stattgefunden hatte und die Kosten des Verbleibs für einige südeuropäische Länder immens erschienen.

In der Konsequenz führte dieser Konsens bei den Volkswirten zu einer großen Unterstützung einer Politik, die versprach, »alles zu tun«, um die Einheitswährung zu bewahren, wie z. B. das OMT-Programm oder andere unkonventionelle Maßnahmen. Bedenken bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von Anleihekäufen oder der Einführung impliziter fiskalischer Transfers zwischen Mitgliedsländern von einer nicht gewählten Instanz wurden weitgehend beiseitegeschoben. Zudem wurde auch den verzerrenden Effekten dieser Politik auf Vermögenspreise und dem Risiko eines erneuten Boom-Bust-Zyklus wenig Beachtung geschenkt. Das Einzige, was zählte, war, dass die Anleihekäufe die Staatsverschuldung der in Schieflage geratenen Länder im Zaum hielten und dem Euroraum damit Zeit erkaufte wurde.

In diesem Kontext schrieb Hans-Werner Sinn *The Euro Trap*. Das Buch ist eine Anklage des gesamten Europrojekts durch einen ehemaligen Enthusiasten, der nicht davor zurückschreckt, Öl ins Feuer zu gießen und sich um der intellektuellen Wahrhaftigkeit willen Feinde in Brüssel zu machen.

In dem Buch schreibt Sinn, dass die Währungsunion einer Katastrophe den Weg bereite, als das Kapital in großem Stil von den reicheren Ländern des Euroraums in die ärmeren floss. Dieser Kapitalzufluss löste einen Boom in Ländern wie Spanien und Griechen-

land aus, der zu beständigen Inflationsunterschieden und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit führte. Da die nationale Geldpolitik abgeschafft worden war, konnte dem nicht entgegengetreten werden. Dieser Zustand würde so lange anhalten, wie die Finanzmärkte die Möglichkeit eines Staatsbankrotts ignorieren und bereit seien, jedem Land zu den gleichen niedrigen Zinsen Kredit zu gewähren.

Das goldene Zeitalter endete abrupt, als die Finanzkrise einsetzte. Begünstigt durch die Erwartung, dass einige Länder den Euro aufgeben würden, spreizten sich die Renditen auf Staatsanleihen. Zudem setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine Anpassung teuer würde, falls diese Länder in der Währungsunion bleiben. Die Europäische Zentralbank machte der Krise ein Ende, als sie sich bereit erklärte, die Staatsanleihen der Krisenländer zu einem Mindestpreis zu kaufen. Diese Politik ist praktikabel, solange der Eurokurs nicht auf ein Niveau fällt, das eine Inflationsspirale in Gang setzt, und reichere Länder wie Deutschland und Finnland in Versuchung geraten, die Währungsunion zu verlassen; und solange die fiskalischen Transfers, die die Steuerzahler dieser Länder zu leisten haben, undurchsichtig sind und als vorübergehend empfunden werden. Hans-Werner Sinn hat große Zweifel und schreibt:

»Die Mitgliedschaft in der Eurozone beinhaltet nicht das Recht auf Transferleistungen durch andere Länder, sollte ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren. [...] In Notgeratene Länder mit Hilfe permanenter lebenserhaltender Maßnahmen im Euro zu halten, hilft diesen nicht wirklich.«

Die Zukunft wird zeigen, ob dies eine Prophezeiung oder überzogener Pessimismus war. Jedoch deuten die jüngsten politischen Entwicklungen in Griechenland und Spanien darauf hin, dass Hans-Werner Sinn wohl Recht behalten wird.